Ltd. KVD Ganseuer verwies auf die Beratungen im vorletzten Bau- und Vergabeausschuss, in dem über einen Maßnahmenkatalog der Fraktionen von CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN beraten worden sei. Der Ausschuss habe die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen förderfähig seien. Diese Prüfung habe in Zusammenarbeit mit der örtlichen Rechnungsprüfung zwischenzeitlich stattgefunden. Unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung beabsichtigten, Änderung des Art. 104b des Grundgesetzes seien die vorgeschlagenen Maßnahmen förderfähig. Er hoffe, dass die Grundgesetzänderung bis zur Sommerpause vollzogen und damit ausreichend Planungssicherheit gegeben sei.

Da die Maßnahmen nicht im Rahmen der Haushaltssatzung verarbeitet werden konnten, habe der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 27.04.2009 die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II zügig umsetzen zu können.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zu Kenntnis.